

Nr. 72 (XLIV) Persönliche Sicherheit von Flüchtlingen¹

Das Exekutiv-Komitee

drückte seine tiefe Besorgnis über Berichte von in alarmierender Höhe auftretenden Vorfällen *aus*, in denen Flüchtlinge und Asylbewerber, einschließlich Frauen und Kindern, Gewalttaten und Mißhandlungen, einschließlich Morden, Folterungen, Übergriffen des Militärs oder anderer bewaffneter Attacken, Vergewaltigungen, Prügel, Einschüchterungen, gewaltsamen Rekrutierungen und willkürlichen oder inhumanen Haftbedingungen ausgesetzt sind;

bestätigte die Verantwortung der Staaten, die fundamentalen Menschenrechte der Flüchtlinge und Asylsuchenden auf Leben, Freiheit und persönlicher Sicherheit wie auch den Anspruch auf Freiheit von Folter oder anderer grausamer, inhumaner oder erniedrigender Behandlung oder Strafe zu respektieren und zu gewährleisten;

erinnerte an frühere Beschlüsse, die sich mit der persönlichen Sicherheit von Flüchtlingen befassen, insbesondere an die Beschlüsse Nr. 22 (XXXII) über den Schutz von Asylsuchenden in Fällen von Massenfluchtbewegungen und Nr. 48 (XXXVIII) über militärische oder bewaffnete Angriffe auf Flüchtlingslager und -ansiedlungen;

betonte die Pflicht der Flüchtlinge und Asylsuchenden, sich nach den Gesetzen und Verordnungen des Asyllandes zu richten und sich jeglicher Aktivitäten zu enthalten, die den ausschließlich zivilen und humanitären Charakter von Flüchtlingslagern und -ansiedlungen beeinträchtigen könnten;

bestätigte erneut die grundlegende Bedeutung der gewissenhaften Befolgung des Prinzips des *non-refoulement* für die persönliche Sicherheit der Flüchtlinge;

¹ Dieser Beschluss wurde vom Exekutiv-Komitee aufgrund der Empfehlungen des Unterausschusses für internationalen Rechtsschutz bestätigt.

- a) *mißbilligte* alle Verstöße gegen das Recht auf persönliche Sicherheit von Flüchtlingen und Asylsuchenden, insbesondere organisierte Angriffe oder Anstiftung zu Gewalttaten, die sich gegen Flüchtlinge richten;
- b) *ersuchte* die Staaten, alle nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um Bedrohungen für die persönliche Sicherheit von Flüchtlingen und Asylsuchenden in Grenzgebieten und anderswo zu verhindern oder zu beseitigen; diese Maßnahmen schließen die Gewährung von sofortigem und ungehindertem Zugang zu Flüchtlingen für UNHCR und, wo es notwendig erscheint, anderen von den Regierungen anerkannten Organisationen, die Errichtung von Flüchtlingslagern und -ansiedlungen an sicheren Orten, die Garantie der Sicherheit von verwundbaren Gruppen, die Ermöglichung der Ausstellung persönlicher Ausweispapiere und die Einbindung der Flüchtlingsgemeinschaft, sowohl der Frauen als auch der Männer, in die Organisation und Verwaltung ihrer Lager und Siedlungen mit ein;
- c) *forderte* die Staaten nachdrücklich *auf*, Verstöße gegen die persönliche Sicherheit von Flüchtlingen und Asylsuchenden zu untersuchen und, soweit möglich, strafrechtliche Verfolgung einzuleiten und, soweit anwendbar, strenge Disziplinarmaßnahmen gegen alle diejenigen, die derartige Verstöße begehen, anzustrengen;
- d) *forderte* die Staaten *auf*, in Zusammenarbeit mit UNHCR und, wo es angemessen erscheint, mit anderen von den betroffenen Regierungen anerkannten Organisationen den Flüchtlingen und Asylsuchenden effektiven physischen Schutz zu gewähren und sicherzustellen, dass für humanitäre Hilfeleistungen und für die Mitarbeiter von Hilfsorganisationen der Zugang zu den Flüchtlingen sicher ist, und, wo erforderlich, Personal zu rekrutieren und auszubilden, das speziell mit der Aufgabe des Flüchtlingsschutzes und der Sicherung von Versorgungswegen für humanitäre Hilfeleistungen beauftragt ist;
- e) *unterstützte* die Aktivitäten der Hochkommissarin, die persönliche Sicherheit von Flüchtlingen und Asylsuchenden zu überwachen und angemessene Schritte zu unternehmen, um Verstöße dagegen zu verhindern oder Abhilfe dagegen zu schaffen, einschließlich der Ausweitung von Ausbildungsprogrammen, die darauf ausgerichtet sind, das Verständnis für den

Rechtsschutz von Flüchtlingen unter Gesetzesvollzugsbeamten, anderen in diesem Tätigkeitsbereich beschäftigten Regierungsangestellten und in nicht-staatlichen Organisationen zu fördern;

f) *ermutigte* die Hochkommissarin, Richtlinien zur Stärkung des physischen Schutzes von Flüchtlingen und Asylsuchenden zu entwickeln, die praktische Maßnahmen für die Staaten, UNHCR, sowie für andere internationale und nichtstaatliche Organisationen enthalten, und das Exekutiv-Komitee daran teilhaben und ihnen große Verbreitung zukommen zu lassen.